



Detailansicht des Registereintrags

interface - Tech analysis and policy ideas for Europe e.V **(ehem. Stiftung Neue Verantwortung e.V.)**

Aktuell seit 05.10.2026 15:48:27

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003722
Ersteintrag:	22.03.2022
Letzte Änderung:	05.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: c/o Publix Hermannstraße 90 12051 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49308145037880 E-Mail-Adressen: info@interface-eu.org Webseiten: <u>www.interface-eu.org</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,30

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Anna Wohlfarth**

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):**1. Dr. Thorsten Wetzling****2. Dr. Sven Herpig**

Tätigkeit bis 03/25:

Hospitantz

im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (19. WP) oder dessen Geschäftsbereich

3. Christina Rupp**4. Julia Sieghardt Hess****5. Lena-Maria Böswald****Gesamtzahl der Mitglieder:**

7 Mitglieder am 22.06.2026, davon:

4 natürliche Personen

3 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):**1. Nationaler Cyber-Sicherheitsrat (NCSR)**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Wissenschaft, Forschung und Technologie; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Interface - Tech Analysis and policy ideas for Europe e.V. (ehemals Stiftung Neue Verantwortung e.V.) ist ein gemeinnütziger Verein, der zu den Auswirkungen des technologischen Wandels auf Gesellschaft und Politik forscht und in Zusammenarbeit mit Expert:innen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Analysen und Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Interessenvertretung wird von Mitarbeiter:innen von interface e.V. selbst wahrgenommen, u.a. im Rahmen von Gesprächsanfragen durch Mitglieder des Bundestags bzw. Ihren Mitarbeiter:innen, von Mitarbeiter:innen anderer politischer Organe (Ministerien, Bundesbehörden) zu von interface

e.V. herausgegebenen Publikationen, bei Einladungen zu Fachgesprächen, bei Anhörungen oder in Form von Stellungnahmen, z.B. als Sachverständige in Ausschüssen des Bundestags. Mitarbeiter:innen von interface e.V. wiederum initiieren Gespräche mit Vertretern politischer Organe, um ihre Perspektive und Bedarfe besser zu verstehen und diese in unserer Forschungstätigkeit berücksichtigen zu können. Wir bieten Mitgliedern des Bundestags und Mitarbeiter:innen der Ministerien auch fachlichen Austausch zu unserer Forschung und unseren Publikationen an.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz

Beschreibung:

Wir sehen die mit der NIS-2-Umsetzung verbundene Chance zur Erreichung einer harmonisierten IT-Sicherheitsregulierung als vertan an. Deutschland behalte nun neben seiner fragmentierten IT-Sicherheitsarchitektur, seiner fragmentierten Cybersicherheitsstrategie auch eine fragmentierte IT-Sicherheitsregulierung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510230022 (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Revision des Cybersecurity Acts (CSA)

Beschreibung:

Wir setzen uns für eine europäische Cybersicherheitsgesetzgebung ein, die die Umsetzung bestehender Regeln und Gesetze prorisiert sowie für klare Zuständigkeiten sorgt. Insbesondere fordern wir, die strategische Ausrichtung und das Aufgabenspektrum der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) zu überarbeiten.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510230023 (PDF - 75 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Neufassung des Nachrichtendienstrechts

Beschreibung:

Wir empfehlen dem Gesetzgeber im Zuge einer Neufassung des Nachrichtendienstrechts folgende Maßnahmen bezüglich automatisierter Datenanalyse:

- eine klare verfassungskonforme Rechtsgrundlage für bereits angewandte Methoden.
- eine Regelungssystematik, um unterschiedlich schwerwiegende Einsätze unterscheiden zu können.
- darauf basierend wesentliche Beschränkungen für unterschiedliche Szenarien, um Verhältnismäßigkeit sicherzustellen.
- die unabhängige Kontrolle der Methoden, beispielsweise durch bindende Anordnungsbefugnisse der BfDI.

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]; BVerfSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

4. Möglichkeiten des Startes des UN Global Mechanisms on Cybersecurity für die EU

Beschreibung:

Im März 2026 startet der neue UN "Global Mechanism on Developments in the Field of ICTs in the Context of International Security and Advancing Responsible State Behaviour in the Use of ICTs" (Global Mechanism). Interface setzt sich dafür ein, dass die EU den Start des Mechanismus nutzt, um UN und EU frameworks zu verbinden, um praktische Synergien zu heben. Dies würde die Bekanntheit der Cybersicherheitspolitik der EU erhöhen und das interne Verständnis des UN frameworks stärken. Zum Beispiel könnten zwei Dedicated Thematic Groups innerhalb des Global Mechanisms zu den Themen Schutz kritischer Infrastruktur und Kapazitätsentwicklung für Prävention, Detektion und Reaktion gebildet werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290033 (PDF - 19 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

5. Europäische Arbeitsmarktnotwendigkeiten zur Erreichung von Technologieautonomie und Klimaneutralität**Beschreibung:**

Um Technologieautonomie und Klimaneutralität auf EU-Ebene zu erreichen braucht es entsprechend Ausgebildete Arbeitnehmende auf dem Arbeitsmarkt. Interface setzt sich dafür ein, dass neue Trainingsprogramme gefördert werden, die gezielt Arbeitnehmende in kritischen Bereichen wie Müllmanagement oder Kreislaufwirtschaft digital weiterbilden. Darüber hinaus sollte die Liste der ESCO Green Skills erweitert werden, um auch Green-Digital Kompetenzen abzubilden. Dazu könnten EU-geförderte Projekte wie Digital Twin Earth oder GDDS herangezogen werden. Dies würde zum besseren Monitoring des KI-Talentpools beitragen, um Engpässe aufzulösen und Schlüssel zu Innovation und Wachstum zu identifizieren.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290036 (PDF - 19 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

6. Aktive Cyberabwehr im Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit

Beschreibung:

Zur Lösung zentraler struktureller Probleme (fragmentierter Zuständigkeit, fehlender Governance, unzureichende Resilienzstärkung) empfiehlt interface:

- Systematische Evaluierung der messbaren Sicherheitsgewinne für jede Maßnahme der Cyberabwehr
- Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen durch Beschränkung auf das notwendige Minimum
- Verfassungsrechtliche Klarheit durch klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern
- Operative Plattform mit allen relevanten Behörden für Effizienzgewinne
- Koordination zwischen BKA, BPol, BSI, BND und Länderpolizeien mit Abstimmungs- und Konfliktlösungsmechanismen
- Personelle Kapazitäten im BSI gezielt ausbauen
- Transparenz- und Schutzmechanismen ausbauen bezüglich Beschaffung, Nutzung und Verwaltung von Schwachstellen, Werkzeugen, und Maßnahmen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6585 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Cybersicherheit

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI): Gesetzesentwurf zur Stärkung der Cybersicherheit (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BGG 1994 [alle RV hierzu]; BSIG 2025 [alle RV hierzu]; BKAG 2018 [alle RV hierzu]; TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604140002 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

7. Einfluss KI-basierter Suchzusammenfassungsfunktionen auf unser Informationsökosystem

Beschreibung:

Interface fordert ein Competition-First-Maßnahmenpaket zur Regulierung von KI-Suchzusammenfassungen um die Medienvielfalt und journalistische Nachhaltigkeit in der EU zu sichern.

Ein solches Paket sollte die Weiterentwicklung und Anwendung bestehenden Wettbewerbs- und Digitalrechts beinhalten. Darüber hinaus sollten langfristig folgende Interventionen in Betracht gezogen werden:

- Transparenz durch „Nutrition Labels“: Einführung verpflichtender Kennzeichnungen für KI-Inhalte, die Auskunft über Quellenqualität und Datengenese geben.
- Demokratische Medienförderung: Ausweitung der finanziellen Unterstützung für unabhängigen Journalismus.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290037 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

8. Sonderregelungen für KI-Rechencluster zur nachhaltigen Systemintegration

Beschreibung:

Große KI-Rechencluster weisen fundamentale strukturelle Unterschiede zu traditionellen Rechenzentren auf und erfordern eine separate regulatorische Erfassung. interface setzt sich dafür ein, KI-Spezialarchitekturen in der Gesetzgebung als eigene Kategorie zu behandeln. Zu den Kernforderungen gehören die Verpflichtung zu Mindestenergieeffizienzstandards und Lastflexibilitäten (Demand Response), die Pflicht zur Offenlegung von Auslastungs- und Rechenleistungsdaten (TFLOPS pro MWh) sowie die schrittweise Einführung von Mindestnutzungszielen. Zudem müssen für eine netzdienliche Integration verbindliche Netzkompatibilitätsbewertungen im Design- und Genehmigungsprozess verankert und die operationelle Transparenz bezüglich der Allokationsmethoden für Rechenkapazitäten erhöht werden.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290039 (PDF - 58 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. Die Nutzung kommerziell beschaffter Daten durch europäische Nachrichtendienste**Beschreibung:**

Persönliche Daten, die durch die alltägliche Nutzung von Apps und Plattformen generiert werden, werden von europäischen Regierungen zur Sicherheit, Strafverfolgung und Verteidigung genutzt. Dies kann aber Grundrechte und nationale Sicherheit schwer beeinträchtigen. Derzeit gibt es keinen ausreichenden Rechtsrahmen für diese werbebasierten nachrichtendienstlichen Praktiken (ADINT). Daher setzen wir uns für umfassende Regulierung und wirksame Aufsicht über diese Praktiken als Voraussetzung für sichere, rechtmäßige und legitime Operationen ein. Auch Aufsichtsorgane brauchen hier für effektive Arbeit neue Befugnisse. Dies erfordert keinen Kompromiss zwischen Sicherheit und Grundrechten. Dennoch untergräbt der uneingeschränkte Einsatz von werbebasierten nachrichtendienstlichen Daten beides.

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]; BVerfSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290024 (PDF - 97 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

10. **Weiterentwicklung der nationalen KI-Strategie durch Fachkräftesicherung im Bereich Künstliche Intelligenz**

Beschreibung:

interface setzt sich für eine zielgerichtete Weiterentwicklung der nationalen KI-Strategie ein, um regionale und sektorale Schieflagen bei Fachkräften abzubauen. Gefordert werden:

- Gesundheitssektor: Spezifische KI-Fachkräftestrategie durch interdisziplinäre Studien- und Promotionsprogramme, Qualifizierungspfade für medizinisches Personal und feste Stellen in Kliniken (KHZG-Flankierung).
- Industrie & Mittelstand: Ausrichtung öffentlicher Weiterbildungsinitiativen primär auf KMU-Zulieferer, Ausbau der Transferpfade von Hochschulen in die Praxis sowie Bindung erfahrener Fachkräfte.
- Retention: Ergänzung der Zuwanderung (Blaue Karte EU) durch Bleibestrategien (englische Verwaltung in Tech-Hubs, betriebliche Sprachförderung, Vernetzung von Startups mit Industrie-Standorten).

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; RuStAG [alle RV hierzu]; BBiG 2005 [alle RV hierzu]; KHNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609150011** (PDF - 23 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.09.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

11. **Umsetzung und Weiterentwicklung der Pflichten zur KI-Kompetenz (Art. 4 EU-KI-Verordnung)**

Beschreibung:

interface setzt sich für eine praxistaugliche und verhältnismäßige Umsetzung der durch die Verordnung (EU) 2026/1744 (Digital Omnibus on AI) neu gefassten Verpflichtung zur Förderung von KI-Kompetenz (Art. 4 KI-Verordnung / Verordnung (EU) 2024/1689) am

Arbeitsplatz ein. Vorgeschlagen wird ein dreistufiges operatives Rahmenwerk (L0 Baseline, L1 Operational, L2 Oversight), das Weiterbildungsmaßnahmen und Dokumentationspflichten nicht an starre Rollenbezeichnungen, sondern an die tatsächliche Art und Tragweite der Interaktion mit KI-Systemen knüpft.

Betroffenes geltendes Recht:

BetrVG [alle RV hierzu]; ArbSchG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609150012 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

12. Aufbau und Ausgestaltung der europäischen KI-Recheninfrastruktur (AI Factories und AI Gigafactories)

Beschreibung:

interface setzt sich für eine Ausrichtung der europäischen KI-Recheninfrastruktur (AI Factories, Gigafactories, Cloud and AI Leadership Initiatives) an den Bedarfen angewandter KI-Start-ups in strategischen Sektoren ein.

Gefordert werden:

- Standardisierter EU-Rahmen der Beihilfevoraussetzungen für die nationale Kofinanzierung zwecks kostenfreien KMU-Zugangs.
- Verbindliche schnelle Service-Level-Agreements (SLA) und Antragsentscheidungen.
- Vertragliche Absicherung von Betreibereigenschaften (Cluster-/Datenisolation, EWR-Datenresidenz, Verzicht auf Datenmonetarisierung, IP-Schutz, externe Audits).
- Technische Portabilität und Interoperabilität (Standard-APIs, Container-Stacks) gegen Vendor-Lock-in.
- Ausbau der AI Factory Data Labs und flankierende Instrumente für Inferenzkosten.

Betroffenes geltendes Recht:

FZulG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]; UrhG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609150016 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

13. Umsetzung der UN-Normen für verantwortungsvolles Staatenverhalten im Cyberraum durch die EU

Beschreibung:

interface setzt sich dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten von einer überwiegend impliziten Implementierung zu einer aktiven, expliziten Vermittlung ihres regulatorischen und politischen Besitzstandes in internationalen Foren übergehen. Angeregt wird insbesondere eine systematische interne Überprüfung („UN norms in EU practice“-Briefing), die stärkere Ausrichtung europäischer Cyber-Kapazitätsaufbauprogramme an den UN-Normen sowie eine koordinierte Nutzung des UN Global Mechanism, um praktische Umsetzungsschritte voranzutreiben.

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [alle RV hierzu]; KRITISDachG [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]; AWV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung, Gemeinwohl, Demokratie

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609150017 (PDF - 91 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

1) Zuwendung für Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit, Kapitel 0501, Titel 68727

Das Projekt wird Vorschläge erarbeiten, wie Cyberdiplomatie-Bekanntnisse (zB 11 Cyber-Normen der UN) in nationale Politik übersetzt werden können. Fokus ist, wie Staaten dazu beitragen können, die Sicherheit von Software-Lieferketten zu erhöhen inkl. der Möglichkeiten internationaler Kooperation. Auch Beob. der Entwicklungen rund um die Open-Ended Working Group (OEWG) für Cybersicherheit der UN.

2) Zuwendung, Kapitel 0501, Titel 68727

Das Projekt soll einen Beitrag zur verantwortungsvolleren Staatenpraxis und Einschätzung der VR China in Bezug auf Cyberoperationen und -kampagnen leisten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.610.001 bis 1.620.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Stiftung Mercator GmbH

Betrag: 890.001 bis 900.000 Euro

Zuwendungen für die Programmbereiche bzw. Projekte "Data Science Unit", "Technologie und Geopolitik", "Analyse und Entwicklung neuer Aufsichtsstrukturen für digitale Dienste und Plattformen in Deutschland und der EU", "Künstliche Intelligenz" sowie institutionelle Förderung

2. Carl Zeiss Stiftung

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Zuwendung für die Arbeit im Bereich KI zum Thema "Stärken und Schwächen des deutschen und europäischen KI Ökosystems im Hinblick auf Fachkräfte"

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[interface-e-V- _JA-2025.pdf](#)